

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Die Potenziale stärker nutzen

- Integrationsministerin Bilkay Öney zum Thema Bildung

Vor der Teilhabe steht der Amtsschimmel

- Bei der Umsetzung des Bildungspakets holpert es oft

Im Wettlauf mit der Zeit

- Was Schulsozialarbeit heute alles leisten muss

Tüfteln mit Tecnopedia

- IHKs bieten neues Internetportal für Schulen

Hilfe bei der Medienerziehung

- LMZ bietet Eltern-Medienmentoren-Programm an

Wer holt die Sprachen aus dem Keller?

- Gymnasien im Land bei der Stundenzahl benachteiligt

Hochschule aktuell: „Wir brauchen neue Antworten“

- Wissenschaftsministerin Theresia Bauer setzt auf den Dialog

Inhaltsverzeichnis

Integration: Die Schwerpunkte der neuen Ministerin 3	Fremdsprachen: Gymnasien im Bundesvergleich benachteiligt 18
Neue Medien: Landesmedienzentrum bietet Programm für Eltern 5	Abi 2012: Uni Stuttgart und Studentenwerk aktiv. 20
Medienkongress: Informationen für Eltern und Lehrer 6	Hochschulinitiative: Werbung für Ost-Unis 21
Neue Lernplattform: Mathe im Live-Chat 6	Modellrechnung: Gute Chancen für Lehramtsstudierende 22
Schulsozialarbeit: Warum ihr Ausbau Pflicht sein muss . . . 7	Lehrerbildung: Neue Kooperationsmodelle 22
Bildungspaket: Schwierigkeiten bei der Umsetzung 9	Unterrichtsbeurteilung: Neuer Test entwickelt. 23
Lernfreude: Motivation von Schülern untersucht 11	Hochschule aktuell
Neue Umfrage: Was Jugendlichen wichtig ist 12	Interview: Wissenschaftsministerin Theresia Bauer zur Hochschulpolitik 24
Coaching: Bad Liebenzeller Schule bietet neues Fach . . . 13	Pädagogische Hochschulen: Studiengänge werden neu gestaltet 25
Elternstiftung: Neue Kurse zum Schuljahresstart 14	Studienwahl: Mehr Durchblick mit dem Online-Test . . . 26
MINT-Nachwuchs: Mehr frühe Technikförderung nötig . . . 15	Offener Brief: Hochschulen sollen an Studienplatzbörse teilnehmen. 27
Neues Internetportal: IHKs bieten MINT-Förderung 16	

Liebe Leserinnen und Leser,

wir alle sind in den letzten Wochen und Monaten Zeugen geworden eines Aufbruchs hin zu einer neuen, veränderten Bildungslandschaft. Diskutiert und auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben wurden Punkte wie: Zulassung von Gemeinschaftsschulen, Ausbau von echten Ganztagschulen, Ausbau der Schulsozialarbeit, Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, Zulassung von G9-Modellen und vieles mehr.



Christian Bucksch, Vorsitzender
des Landeselternbeirats

Aber halt, fehlt hier nicht etwas? Vermissen werden darf in diesen Diskussionen etwas ganz Wesentliches, und zwar die Frage nach dem Herzstück des schulischen Lebens, der Gestaltung des Unterrichts vor Ort. Die Politik und auch wir Eltern können uns trefflich über die verschiedensten Themen rund um das Thema Bildung austauschen und einbringen, aber vor allem wir Eltern sollten nicht vergessen (und wir wissen es aus den täglichen Berichten unserer Kinder), dass der Unterricht an den Schulen noch viel Raum lässt (um es vorsichtig auszudrücken), damit unsere Kinder nachhaltig und mit Freude lernen.

- Ich erinnere z.B. daran, dass es in der Grundschule vorgeschrieben ist, in Klasse 3 und 4 jeweils 18 Klassenarbeiten zu schreiben ($D=10/M=8$), dazu kommen noch diverse Tests in MENUK, Religion etc. und zusätzlich in Klasse 3 noch VERA. So wird der Grundstein für das spätere Prinzip „Teaching to the test“ gelegt, welches unsere Kinder bis zum Schulabschluss begleiten wird. Denn auf den weiterführenden Schulen sieht es nicht anders aus. Mit den verbindlich vorgeschriebenen Klassenarbeiten in den Hauptfächern und den zusätzlich angesetzten Klassenarbeiten in den Nebenfächern, plus den diversen Tests (teilweise als „pädagogische Maßnahme“ für das Verhalten einer „schlimmen“ Klasse) kommen die Schüler auf rund 40 (!) Prüfungen (die GFS sowie die Vergleichsarbeiten nicht mitgerechnet). Dies ist lernpsychologisch höchst bedenklich, denn hier wird zu häufig unnötig Leistungsdruck produziert, der in dieser Form gar nicht nötig wäre.
- Und wer kennt es nicht, wenn vor den Ferien oder den anstehenden Zeugnissen aufgrund mangelnder Absprache der Fachlehrer dann in einer Woche drei Klassenarbeiten geschrieben werden. Hier stehen Eltern und Schüler hilflos vor einer nicht schülerfreundlichen Organisation. Lehrer sollten die Fähigkeit besitzen, ihre Schüler auch mit weniger schriftlichen Leistungsmessungen beurteilen zu können, schließlich geht es um nachhaltiges Lernen, das aber scheinbar immer mehr aus dem Blickfeld verschwindet.
- Sollte nicht auch die Wiedereinführung des Klassenlehrerprinzips diskutiert werden (ca. ein Drittel des Unterrichts durch den Klassenlehrer, evtl. im Co-Teaching), das dem Bedürfnis der Schüler nach Bindung und Konstanz weitaus mehr entgegenkommt als das Prinzip des „fachorientierten Stundengebers“?
- Hierzu ist natürlich dann auch die Lehrerbildung weiter zu verbessern, Diagnostik, Psychologie, Präventionspädagogik, Sozialpädagogik sowie auch Klassenlehrerpädagogik sollten wie selbstverständlich dazugehören.

Sie sehen, liebe Leser, dass zusätzlich zu den aktuell diskutierten „übergeordneten“ Themen das Thema der Organisation und Nachhaltigkeit des Unterrichts vor Ort noch ein Schattendasein führt.

Lassen Sie uns auch darüber sprechen und die Meinungen dazu austauschen, denn hiervon sind täglich rund 1,1 Millionen Schüler in Baden-Württemberg betroffen, unter denen sich sicher viele über so manche Änderung in der Organisation ihres Unterrichts freuen würden.

Mit herzlichen Grüßen

Christian Bucksch

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Silberburgstr. 158, 70178 Stuttgart, Vorsitzender: Christian Bucksch – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Margeritenweg 2, 72250 Freudenstadt, E-Mail: redaktion.sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

„Wir brauchen neue Antworten und mehr Qualität“

Wissenschaftsministerin Theresia Bauer setzt bei der Hochschulpolitik auf den Dialog

Sie gilt schon lange als Hochschulexpertin, nun kann sie die grün-rote Hochschulpolitik im Land aktiv gestalten: Theresia Bauer ist die neue Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst.

Schule im Blickpunkt wollte wissen, welche Schwerpunkte die Grünen-Politikerin setzt.

SiB: Wenn Sie eine Rankingliste der größten hochschulpolitischen Herausforderungen der nächsten Jahre erstellen würden, welches Thema stünde bei Ihnen an erster Stelle?

Bauer: Es gibt in der Tat eine Reihe von großen Aufgaben, die vor uns liegen. Die größte Herausforderung ist zugleich eine doppelte: Wir müssen es einerseits schaffen, die Hochschulen auszubauen. Immer mehr junge Menschen interessieren sich für ein Studium. Dafür müssen wir an den Hochschulen die notwendigen Kapazitäten bereitstellen. Das machen wir für die grundständigen Studiengänge mit dem Programm ‚Hochschule 2012‘, und das werden wir auch für die Masterstudiengänge in Angriff nehmen. Diese Zunahme an Quantität darf aber auf der anderen Seite nicht zu einem Verlust an Qualität führen – im Gegenteil: Eine größere und zunehmend heterogen zusammengesetzte Studierendenschaft stellt die Hochschulen vor neue Aufgaben gerade in der Eingangsphase des Studiums. Dafür brauchen wir neue Antworten und, letztlich, mehr Qualität. Diese doppelte Herausforderung – mehr Quantität und mehr Qualität zugleich – wollen wir bewältigen.

SiB: Sie haben in der Presse bereits verlauten lassen, dass Sie die Lehrerausbildung mit der derzeitigen Trennung von Universität und Pädagogischer Hochschule grundsätzlich reformieren wollen. Was soll sich ändern und wo sehen Sie die Vorteile in Ihren Überlegungen?

Bauer: Mir geht es darum, den Unterricht für die Schülerinnen und Schüler an den Gymnasien zu verbessern. Beide Hochschularten verfügen über besondere Stärken: Die Universitäten in der fachwissenschaftlichen Ausbildung, die Pädagogischen Hochschulen in der pädagogisch-didaktischen Ausbildung. Ich will diese Stärken besser miteinander verbinden und für das Studium zum gymnasialen Lehramt nutzbar machen. Damit erreichen wir zwei Dinge: Erstens stellen wir ein hohes fachliches Niveau im Unterricht sicher; zweitens wird



Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Theresia Bauer

Theresia Bauer

- Geboren am 6. April 1965 in Zweibrücken
- 1985 bis 1993: Studium der Politikwissenschaften, Volkswirtschaft und Germanistik in Heidelberg und Mannheim
- Hochschulpolitisch tätig als studentische Vertreterin in den Senaten der Universitäten
- 1993 bis 1995: Referentin der Gesellschaft für politische Ökologie; Geschäftsführerin der Heinrich-Böll-Stiftung
- seit 2001 im Landtag von Baden-Württemberg, dort u.a. hochschulpolitische Sprecherin, stellvertretende Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen und parlamentarische Geschäftsführerin
- seit 12. Mai 2011: Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg

es möglich, im Unterricht mehr als bisher auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler einzugehen. Das Wissenschaftsministerium und das Kultusministerium werden dazu ein Konzept vorbereiten, und zwar in engem Dialog mit den Hochschulen und den anderen Beteiligten an der Lehrerausbildung.

SiB: Die Studiengebühren werden ab dem kommenden Semester in Baden-Württemberg wieder abgeschafft. Wie wird das Land bei den Hochschulen für einen finanziellen Ausgleich sorgen?

Bauer: Wir werden die allgemeinen Studiengebühren zum Sommersemester 2012 abschaffen. Uns ist es wichtig, dass sich mehr Kinder aus einkommensschwächeren Familien für ein Studium entscheiden. Die dann wegfallenden Einnahmen wollen wir den Hochschulen ersetzen, und zwar so, dass steigende Studierendenzahlen berücksichtigt werden. Diese Ersatzmittel sollen ausschließlich für Studium und Lehre zur Verfügung stehen, über ihre Verwendung sollen die Hochschulen im Einvernehmen mit den Studierenden entscheiden. Wir setzen dabei also auf eine maximale Mitbestimmung der Studierenden.

SiB: Stichwort „Doppelter Abiturjahrgang“: Sind Sie der Meinung, dass Baden-Württemberg gut gerüstet ist, um den Ansturm auf die Hochschulen des Landes zu meistern? Haben andere Bundesländer (auch) noch Nachholbedarf?

Bauer: Der Anstieg der Studierendenzahlen ist ein bundesweites Thema. In Baden-Württemberg ist vieles in die Wege geleitet worden. Die neue Landesregierung wird noch einmal nachbessern und dafür sorgen, dass auch unter Berücksichtigung der wegfallenden Wehrpflicht der wirkliche Bedarf abgedeckt wird. Wir werden schnell und zeitnah da helfen, wo der Druck am Größten ist. Wir tun alles dafür, dass die Abiturientinnen und Abiturienten des Jahrgangs 2012 eine faire Studienchance in Baden-Württemberg bekommen.

SiB: Was können Sie aus Ihren eigenen beruflichen Erfahrungen / Ihrem eigenen Werdegang ins Ministerium einbringen?

Bauer: Ich bin davon überzeugt, dass Wissenschaft – wie auch die Kunst – zu den wichtigsten Politikfeldern gehört. Denn beides prägt auf entscheidende Weise die gesellschaftliche Entwicklung. Wir brauchen den Transfer von Wissen,

Ideen und Technologien in die Gesellschaft, und wir brauchen neue kreative Ansätze und Denkweisen für die Lösung unserer großen und kleinen Zukunftsfragen. Das erfordert eigenständige Hochschulen, das Engagement aller Hochschulangehörigen und eine Hochschulpolitik, die nicht auf hoheitliches Handeln, sondern auf Dialog setzt. Während

meines hochschulpolitischen Werdegangs als studentische Vertreterin in verschiedenen Gremien der Universität Heidelberg und als hochschulpolitische Sprecherin der Grünen Landtagsfraktion ist diese Überzeugung gewachsen. Und sie prägt auch mein Amt als Ministerin.

Die Fragen stellte Sylvia Wiegert

Mehr Praxis in der Lehrerausbildung

Studiengänge an Pädagogischen Hochschulen werden neu gestaltet

Die Lehramtsstudiengänge an den Pädagogischen Hochschulen werden mit Beginn des Wintersemesters 2011/12 neu gestaltet. Kultusministerin Gabriele Warminski-Leitheuber unterzeichnete jetzt in einer ihrer ersten Amtshandlungen die entsprechenden Prüfungsordnungen, nachdem auch Wissenschaftsministerin Theresia Bauer zugestimmt hatte. Die Prüfungsordnungen waren von der früheren Landesregierung vorbereitet worden.

Künftig gibt es damit einen Studiengang für das Grundschullehramt (Primarstufe) sowie einen weiteren Studiengang für das Lehramt an Werkreal-, Haupt- und Realschulen (Sekundarstufe I). Das bisherige Verbundlehramt an Grund- und Hauptschulen ist aufgehoben. Dass die Ministerien für die beiden neuen Studiengänge eine Regelstudienzeit von acht Semestern festgelegt haben, unterstreicht ihre gleichwertige Bedeutung. Der Studiengang für das Lehramt an Sonderschulen wird umgestaltet in den neuen Studiengang Sonderpädagogik mit einer Regelstudienzeit von neun Semestern.

Trennung zwischen den Schularten aufgehoben

„Jetzt können die Grundschullehrer endlich besser für die ersten Schuljahre ausgebildet werden“, sagt Warminski-Leitheuber. Zudem gelinge damit der Einstieg in die Stufenlehrausbildung, wonach die Pädagogen auf die Lernphasen der Kinder und Jugendlichen im Grundschul- (Primar-) und Sekundarbereich unterschiedlich vorbereitet werden. Die Wissenschaftsministerin fügt hinzu: „Mir ist es wichtig, die strikte Trennung zwischen den Schularten aufzuheben – zugunsten einer Ausbildung, die sich an der Altersstufe der Schülerinnen und Schüler orientiert. Die neuen Regelungen ermöglichen es den Studierenden außerdem, den schulischen Alltag künftig noch intensiver kennenzulernen.“ Die schulpraktischen Teile der Ausbildung sollen zu einem integrierten Semesterpraktikum gebündelt werden.



Bild: MWK Baden-Württemberg

Werkreal-, Haupt- und Realschulen:

Für das Lehramt werden drei Fächer (ein Hauptfach, zwei Nebenfächer) studiert, etwa: Physik und Chemie, Deutsch, Englisch und Französisch sowie Informatik, Mathematik und Wirtschaft. Absolventen dieses Lehramts können nach der zweiten Staatsprüfung in Haupt-, Werkreal- und Realschulen und in Gemeinschaftsschulen eingesetzt werden. Die beiden Ministerien streben an, hier künftig auch die Aus-

bildung für Gymnasiallehrer einzubeziehen. „Hier wird keine Zweizügigkeit des Schulsystems festgefügt“, unterstreicht Warminski-Leitheuber.

Lehramt Sonderpädagogik:

Dieses Lehramt kann an den Pädagogischen Hochschulen in Heidelberg und Ludwigsburg/Reutlingen studiert werden und umfasst die Kompetenzbereiche Deutsch und Mathematik

Individuelle Förderung und Diagnostik

Die beiden Ministerien wollen mit den neuen Studiengängen erreichen, dass die Pädagogen ihren Unterricht besser auf

des Lehramtsstudiengangs Grundschule, ein Fach des Studiums für das Werkreal-, Hauptschul- und Realschullehramt sowie das Studium zweier sonderpädagogischer Fachrichtungen. Der Studiengang wird insbesondere darauf ausgerichtet, dass künftige Sonderpädagoginnen und -pädagogen, zum Beispiel im Rahmen von inklusiven Bildungsangeboten, häufiger als in der Vergangenheit in Bildungseinrichtungen außerhalb der Sonderschulen wirken können.

Für alle drei Studiengänge gilt, dass die Studierenden stärker als bisher mit der schulischen Praxis verbunden sind. Sie absolvieren ein zweiwöchiges Einführungs- und Orientierungspraktikum, ein etwa 14-wöchiges integriertes Semesterpraktikum, das bestanden werden muss, und schließlich ein Professionalisierungspraktikum. Alle Praxisphasen werden von den Experten der Pädagogischen Hochschulen sowohl pädagogisch als auch fachdidaktisch betreut.

Fähig werden zur Elternkooperation

Die beiden Ministerien legen zudem Wert auf weitere neue Aspekte dieser Ausbildung, etwa auf die interkulturelle Kompetenz künftiger Lehrkräfte sowie die Fähigkeit zur Kooperation insbesondere mit den Eltern.

Die Vorarbeiten für alle drei Prüfungsordnungen wurden in einem breit angelegten mehrjährigen Kommunikationsprozess in Kommissionen mit Vertretern der Pädagogischen Hochschulen, der Seminare für Didaktik und Lehrerbildung, der Schulen, der Kirchen und der Studierenden geleistet. In den Diskussionsprozess waren darüber hinaus die Lehrerverbände, die Personalvertretung, der Landesschulbeirat und der Landeselternbeirat einbezogen.

Online-Test erweist sich als Renner

Neues Orientierungsverfahren für angehende Studierende bald Pflicht

Ab dem kommenden Wintersemester 2011/2012 müssen angehende Studierende bei der Bewerbung um einen Studienplatz nachweisen, dass sie an einem sogenannten Orientierungsverfahren zur Unterstützung der Studienwahl teilgenommen haben. Über die Art des Verfahrens entscheiden die einzelnen Hochschulen; die meisten von ihnen setzen den allgemeinen fächerübergreifenden Orientierungstest ein, der unter www.was-studiere-ich.de online absolviert werden kann. Die Neuregelung gilt für alle grundständigen Studiengänge an Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Pädagogische Hochschulen.

Für alle Lehramtsstudiengänge gibt es einen speziell auf die Anforderungen dieses Studiums und des Lehrberufs zugeschnittenen „Lehrertest“, der ebenfalls ab dem kommenden Wintersemester verbindlich wird. Auch er kann online unter www.bw-cct.de absolviert werden.

Der von Wissenschaftlern im Auftrag von Hochschulen und Wissenschaftsministerium entwickelte allgemeine fächerübergreifende Orientierungstest ist ein standardisiertes Frage-Antwort-Verfahren, das dazu dient, Interessen und kognitive Fähigkeiten von Studieninteressierten festzustellen und mit den Anforderungen von Studienfächern und auch Berufen abzugleichen, und kann unter www.was-studiere-ich.de online absolviert werden. Der Test gliedert sich in zwei Teile, einen Interessenteil und einen Fähigkeitsteil. Der Interessenteil kann in rund 15 Minuten absolviert werden; dieser Teil ist – sofern die Hochschulen den Test im Orientierungsverfahren einsetzen – ab 2011 Pflicht, der zweite Teil bleibt freiwillig.

Am Ende erhalten die Studieninteressierten – und nur diese selbst – eine Auswertung mit Informationen zu ihren Studieninteressen und -fähigkeiten sowie Empfehlungen im Hinblick auf Studiengänge und spätere Berufsmöglichkeiten. Die Hochschulen erhalten lediglich eine formelle Bescheinigung, dass die Bewerber den Test absolviert haben.



Mehr Durchblick bei der Studienwahl mit dem Online-Test

Bild: MWK Baden-Württemberg

Zum kommenden Wintersemester haben sich bisher rund 30 baden-württembergische Hochschulen für den Orientierungstest entschieden www.was-studiere-ich.de. Nähere Informationen zu den jeweils geltenden Orientierungsverfahren geben die einzelnen Hochschulen.

Ausgenommen von dem verpflichtenden Orientierungsverfahren sind die Kunst- und Musikhochschulen, die eigene fachspezifische Eignungs- bzw. Aufnahmeprüfungen haben, sowie die Duale Hochschule Baden-

Württemberg, bei der die Zulassung von einem Ausbildungsvertrag mit einem Unternehmen abhängt.

Schon jetzt hat sich der Orientierungstest, der bislang freiwillig angeboten wird, als „Renner“ erwiesen: In knapp einem Jahr seit der Online-Schaltung wurde der landesweite Orientierungstest schon rund 400.000 mal absolviert.

Für künftige Lehramtsstudierende gibt es ein besonderes Verfahren zur Studienorientierung, das unter www.bw-cct.de freigeschaltet ist – den sogenannten „Lehrertest“. Der Test ist ab Wintersemester 2011/12 für alle Lehramtsstudiengänge verbindlich.

Weitere Informationen: www.studieninfo-bw.de

Studienplatzbörse wird wieder aktiviert

Netzwerk 2012 und Landeselternbeirat fordern Hochschulen zur Teilnahme auf

Seit Jahren wird an einem Nachfolgeverfahren „ZVS“ gearbeitet mit dem Ziel, bundesweit sicherzustellen, dass keine Studienplätze unbesetzt bleiben und alle Studierwilligen im Rahmen des Platzangebotes einen Studienplatz ihrer Wahl bekommen. Ziel war, dass dies zum Wintersemester 2011/2012 greift. Bedauerlicherweise scheitert aber die Einführung an Schnittstellenproblemen. Deswegen wird wieder die Studienplatzbörse reaktiviert, mit der schon in der Vergangenheit ab September die noch unbesetzten Studienplätze aufgelistet werden. Die jungen Leute haben dann die Möglichkeit, sich täglich zu informieren und im Nachrückverfahren sich auf diese Studienplätze zu bewerben.

Damit aber auch alle Hochschulen sich an dieser Börse beteiligen und ihre freien Plätze immer aktuell einstellen, hat das Netzwerk 2012, das sich aus Mitgliedern des GEB Stuttgart, aus weiteren Elternvertretern aus dem Land und

einer Delegierten des LEB zusammensetzt, den nachfolgend abgedruckten Brief geschrieben. Er wurde an die Vorsitzenden der baden-württembergischen Hochschulrektorenkonferenzen der Universitäten, der Hochschulen für angewandte Wissenschaften (Fachhochschulen), der Dualen Hochschule Baden-Württemberg und der Pädagogischen Hochschulen geschickt; außerdem an die Vorsitzende der deutschen Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Hoffen wir, dass er fruchtet und alle Studierwilligen des Abiturjahrganges 2011 einen Studienplatz ihrer Wahl bekommen.

Weisen Sie bitte Ihr Kind auch auf die Studienplatzbörse hin, wenn er/sie eine erste Absage erhalten hat. Noch ist nichts verloren!

*Christian Bucksch,
Vorsitzender des LEB Baden-Württemberg*

Netzwerk 2012

Christel Finner
Dr. Annemone Jensen
Ursula Duppel-Breth

Brief an die Hochschulen:

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bedauern haben wir durch die Pressemitteilung der HRK vom 12.04.2011 zur Kenntnis genommen, dass der Start des Verfahrens für Hochschulzulassung verschoben wird.

Seit November 2007 weist das Netzwerk im Hinblick auf die doppelten Abiturjahrgänge auf die Dringlichkeit eines solchen Verfahrens hin. U. a. auch im Fachgespräch am 01.02.2010 mit Vertretern der Landesrektorenkonferenz Baden-Württemberg.

Auf unserem Hearing „Endspurt Abschlussjahrgang 2012 – Herausforderung und Chance“, am 28. Januar 2011 in der Universität Stuttgart-Vaihingen, wurde dieses Verfahren ausführlich vorgestellt. Zumindest der kritische Punkt „Zulassungsverfahren“ schien aus unserer Sicht so etwas entspannt. Doch obwohl die Problematik nicht neu ist und durch die doppelten Abschlussjahrgänge lediglich verschärft wird, kann sie nun nicht rechtzeitig gelöst werden.

Um die Folgen etwas abzufangen, wird die Studienplatzbörse im September wieder eröffnet.

In Korrespondenz und Gesprächen wurde deutlich, dass die Hochschulen des Landes Baden-Württemberg sehr daran interessiert sind, alle Studienplätze zu besetzen und so möglichst vielen jungen Menschen einen zum Studienwunsch zeitnahen Studienbeginn zu ermöglichen. Das ist auch im Interesse aller Eltern, die wir vertreten.

Wir bitten Sie daher dringend sicherzustellen, dass alle Hochschulen Baden-Württembergs an der Studienplatzbörse zum WS 2011/2012 teilnehmen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn dies auch von Seiten der Hochschulen intensiv kommuniziert würde. Gerne sind wir auch bereit, die entsprechenden Informationen über unser Netzwerk weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Christel Finner (Netzwerk 2012)
gez. Dr. Annemone Jensen (Netzwerk 2012)
gez. Ursula Duppel-Breth (Delegierte des Landeselternbeirats)

Schule im Blickpunkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg

gut und aktuell
informiert durch's Schuljahr
für nur € 10,65



Schule im Blickpunkt informiert engagierte Elternvertreter, aber auch Lehrkräfte und Schulleitungen über Fragestellungen, Diskussionen und Beschlüsse des Landeselternbeirats. Themen, die Eltern beschäftigen, werden gut lesbar aufbereitet und diskutiert.

Eltern, die neu in die Elternvertretung gewählt wurden, erhalten durch **Schule im Blickpunkt** viele Hilfestellungen und Tipps für die alltägliche Elternarbeit.

Bei allem steht eine gute und konstruktive Zusammenarbeit aller am Schulleben Beteiligten im Vordergrund.

Um die Orientierung bei der Studienwahl zu erleichtern, enthält jede Ausgabe von **Schule im Blickpunkt** zusätzlich 4 Seiten „Hochschule aktuell“, auf denen Hinweise und Tipps zur Studienwahl gegeben werden.

Abonnieren Sie **Schule im Blickpunkt** für alle Klassenelternvertreter. Die Finanzierung kann über die Schule, die Elternbeiratskasse oder z. B. auch über Sponsoring geschehen.

Wir würden uns freuen, wenn auch an Ihrer Schule Elternvertreter und interessierte Eltern **Schule im Blickpunkt** lesen könnten. Bitte verwenden Sie dazu umseitigen Sammelbestellschein zur Auslage am Elternabend.

Bestellcoupon ausfüllen und senden an:

Neckar-Verlag GmbH • D-78045 Villingen-Schwenningen

Telefon +49 (0) 7721/8987-0 • Fax -50 • E-Mail: bestellungen@neckar-verlag.de • Internet: www.neckar-verlag.de

Bestellcoupon

Hiermit bestelle ich auf Rechnung (zzgl. Versandkostenanteil)

___ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Jahresabonnement** € 10,65
___ Ex. *Schule im Blickpunkt* **Leseexemplar** € ---

Schule im Blickpunkt	
• erscheint sechsmal jährlich	
• 1. Ausgabe eines Jahrganges erscheint zum Schuljahresanfang	
Jahresabonnement	€ 10,65
Einzelpreis	€ 2,50
jeweils zzgl. Versandkosten	

Meine Anschrift _____
Kd.-Nr.: _____

Datum und rechtsverbindliche Unterschrift _____